

Beschluss des Landrats vom 30.01.2025

Nr. 971

31. Studierenden der PH FHNW soll das Anrecht auf ihre Kurswahl zustehen 2024/556; Protokoll: fo

Gemäss **Anita Biedert** (SVP) gibt der Kanton Geld aus und ist somit in der Verantwortung sicherzustellen, dass ein Belegungssystem verwendet wird, das einen optimalen Ausbildungsverlauf erlaubt. Der Regierungsrat begründet die Ablehnung damit, dass die Freiheit von Lehre und Forschung gewährt sein soll. Der Vorstoss widerspricht dem nicht. Im Gegenteil: Er würde allen Studierenden diese Freiheiten zugestehen. Die Rednerin begrüsst, dass der Regierungsrat das Thema PH FHNW eng begleitet, respektive die Absicht der PHNW in Bezug auf eine Verbesserung des Belegungssystems unterstützt und kontrolliert. Die Anliegen des Vorstosses stehen dem Staatsvertrag, insbesondere § 5, nach Meinung der Rednerin nicht entgegen. Im Gegenteil: Der Vorstoss betont die Absicht, dass die Freiheit von Lehre und Forschung durch den Vorstoss beschnitten wäre, ist nicht der Fall. Die Anmeldung der Studierenden liegen vor. Stundenpläne könnten diesbezüglich erstellt werden, inklusive Belegungspläne der Infrastrukturen. Der Regierungsrat wird durch den Vorstoss nicht aufgefordert, ins Operative einzugreifen. Der Regierungsrat ist nur dazu aufgefordert, dafür besorgt zu sein, dass Steuergeld optimal eingesetzt wird – auch zum Nutzen der Studierenden. Denn je früher und schneller die Ausbildung abgeschlossen werden kann, desto mehr Nutzen resultiert für die Schulen.

Noch etwas zur Präsenzpflcht: Diesbezüglich hat die FHNW reagiert und die Präsenzpflcht wurde etwas gelockert. Es steht ihr zu, Vorgaben zu machen, gewisse Vorlesungen als verbindlich zu bestimmen und Präsenz zu verlangen. Es geht in eine gute Richtung. Selbstverständlich sind Praktika, Gruppenarbeiten und der Austausch der Studierenden bei der Ausbildung wichtig. Natürlich ist die Präsenzpflcht dabei vorausgesetzt. Das ist eine Selbstverständlichkeit. Wenn die Rednerin von Präsenzpflcht spricht, dann geht es ihr nicht um Arbeiten im Zusammenhang mit der direkten Praxis. Die Präsenzpflcht sollte dennoch auch von Seiten Regierungsrat genau analysiert werden. In diesem Sinne bitte die Rednerin um Unterstützung für ihr Postulat. Das Parlament hat die Oberaufsicht. Es hat doch einige kritische Vorstösse zur PH FHNW gegeben. Warum musste es so weit kommen? Weshalb wurde der Schulrat nicht früher aktiv? Es ist die Pflicht des Parlaments, die Oberaufsicht wahrzunehmen. Wenn suboptimale Situationen vorliegen, muss das Parlament aktiv werden. Die Regierung hat eine ausführliche Antwort gegeben. Aber man muss weiterhin am Ball bleiben und die Entwicklung weiterhin nachverfolgen. Es steht zu viel auf dem Spiel und es wird sehr viel Geld ausgegeben. Vor allem geht es der Rednerin darum, dass möglichst schnell studiert werden kann. Es soll keine Verzögerung geben. Offenbar müssen nun die neueren Studierenden zugunsten der älteren Semester kürzertreten. Das kann Sinn machen. So können die, die schon weiter sind, abschliessen und in den Arbeitsmarkt treten. Nichtsdestotrotz steht es allen zu, die gewünschten Kurse umgehend belegen zu können.

Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) möchte ein paar Bemerkungen zum Thema PH FHNW machen. Dies auch im Hinblick auf die nachfolgenden Geschäfte. Es sind sich wohl alle einig, dass die FHNW eine zentrale Säule der Hochschulbildung in der Nordwestschweiz darstellt. Sie leistet einen ganz wichtigen Beitrag zur Ausbildung der dringend benötigten Fachkräfte. Die Pädagogische Hochschule ist eine der zehn Hochschulen der FHNW. Sie ist aber doppelt so wichtig für den Kanton Basel-Landschaft als Trägerkanton, weil sie eben auch die basellandschaftlichen Lehrpersonen ausbildet, die dann in den öffentlichen Schulen angestellt werden. Im Leistungsauftrag, der der FHNW vorgegeben wird, hat es deshalb auch Sondervorgaben für die PH. Die PH muss die Verknüpfung von Theorie und Praxis vornehmen. Sie muss eng mit den öffentlichen Schulen zu-

sammenarbeiten und die Studierenden optimal auf den Berufseinstieg vorbereiten. Wenn man sich in der Schweiz umschaute, sieht man, dass die pädagogischen Hochschulen in der Beurteilung der Studierenden ganz allgemein nicht sehr gut abschneiden. Im Leistungsauftrag ist vorgegeben, dass die PH in der subjektiven Beurteilung der Studierenden mindestens im Schweizer Durchschnitt abschneiden soll. Es wird also ganz klar eine Verbesserung gefordert. Im Leistungsauftrag ist auch hinterlegt, dass die Durchschnittskosten, die vorgegeben werden, nicht überstiegen werden dürfen. Der Landrat hat dieser Vorgabe sowie dem ganzen Leistungsauftrag für die FHNW übrigens im September 2024 mit 72 Ja- zu 7 Nein-Stimmen und einer Enthaltung sehr deutlich zugestimmt. Im Sommer gab es einen Aufschrei der Studierenden, als das Einschreibungssystem abstürzte. Dass das ungut ist, kann der Regierungsrat sehr gut nachvollziehen. Die FHNW hat sofort eine Untersuchung eingeleitet.

Heute ist die Situation eine andere als früher. Im Gegensatz zu früher arbeiten heute die meisten Studierenden in Teilzeit oder haben familiäre Pflichten. Die Studiengänge laufen gegenwärtig auf, denn die PH befindet sich in der Reakkreditierung bei der EDK. Dies resultierte in einer grösseren Nachfrage nach bestimmten Modulen. Viele Studierende arbeiten an den basellandschaftlichen Schulen. Das ist sehr erwünscht. Aber es gibt im Prozess die Schwierigkeit, dass die Schulen die Stundenpläne vor den Sommerferien festlegen. Das Einschreibesystem der PH öffnet erst später. Das wurde erkannt und die PH hat festgehalten, dass das geändert werden soll. Es ist klar, dass diese Situation Stress bei den Studierenden auslöst. Wie gesagt, die PH hat eine Menge Erkenntnisse erhalten und passt den Prozess an. In ihrem Newsletter vom 10. Dezember 2024, also noch vor der Weihnachtszeit, steht, dass die generelle Präsenzpflcht nicht mehr zeitgemäss sei. Die PH besteht aber darauf, weiterhin als Präsenzschule zu gelten. Sie sagt auch, dass die Pflicht auf Modulebene begründet und nachvollziehbar sein müsse, und dass die Präsenzpflcht nur noch dort gelten sollte, wo dies nötig, also didaktisch begründbar ist. Es gibt somit überall dort Lockerungen, wo es möglich ist. Die PH weist auch darauf hin, dass es sorgfältige Abwägungen braucht und dass die Studierenden bei den Abwägungen sowie der Festlegung der Kriterien miteinbezogen werden sollen. Diese Umsetzung läuft gemäss PH bereits. Was im Newsletter weiter erwähnt wird, ist, dass die technischen Probleme erkannt worden sind, die notwendigen Anpassungen vorgenommen werden und es Verbesserungen betreffend Kommunikation geben wird. Auch die Qualität der Lehre soll mit den Studierenden diskutiert werden. Die PH ist also schon einen grossen Schritt weiter. Guido McCombie, der Direktor der Pädagogischen Hochschule, ist seit drei Jahren im Amt. Die Rednerin nimmt ihn als sehr starke Persönlichkeit wahr. Er hat mit seiner Organisation eine neue Strategie ausgearbeitet, die auch in der IPK der FHNW kürzlich vorgestellt wurde. Mit Blick auf diese Strategie ist die PH auf einem guten Weg. Es handelt sich aber um einen Kulturwandel in einer grossen Organisation. Da ist Geduld angezeigt. Jeder weiss, dass in einer grossen Organisation ein Change-Management eben nicht von heute auf morgen stattfinden kann, sondern dass es eine gewisse Zeit braucht. Für die Rednerin ist aber ganz klar, dass die PH und die FHNW sich in der Kommunikation verbessern müssen. Beim erwähnten Newsletter vom 10. Dezember handelt es sich um eine interne Kommunikation. Die Rednerin hat die E-Mail erhalten, weil sie den Newsletter abonniert hat. Eine öffentliche Kommunikation zu diesen wichtigen Themen hat nicht stattgefunden. Es muss der PH und der FHNW bewusst sein, dass eingeleitete Massnahmen in der Öffentlichkeit gut kommuniziert werden müssen, wenn man derart im Gegenwind steht und in den Medien auf einem rumgehackt wird. Das ist essentiell. Diesen Input hat die Rednerin beim Präsidenten der Fachhochschule ebenso wie beim Direktor der PH FHNW deponiert. Sie ist überzeugt, dass entsprechend gehandelt wird und die PH auf einem guten Weg ist, was man in den nächsten Monaten und Jahren sehen wird. Gewisse Vorstösse, die jetzt diskutiert werden, sind überholt. Separate Äusserungen zu den einzelnen Vorstössen werden aber folgen.

Anita Biedert (SVP) hat Regierungsrätin Monica Gschwind genau zugehört. Beeindruckend waren vor allem die Ausführungen zur öffentlichen Kommunikation. Das ist sehr wichtig und hat der Regierungsrat offenbar mit Nachdruck verlangt. Es soll eben nicht nur intern im Newsletter kommuniziert werden. Die Studierenden werden offenbar betreffend die Kriterien, was unter Präsenzpflicht laufen soll, einbezogen. Nach dem Absturz wurde eine genaue Untersuchung gemacht. So etwas kann passieren. Die Diskussion war damit aber lanciert und es wurde selbstverständlich darauf reagiert – auch nach intensivem Austausch mit Studierenden. Regierungsrätin Monica Gschwind hat gesagt, sie habe eine Verbesserung gefordert. Zudem wurden die Rankings erwähnt. Das Votum hat die Rednerin sehr beeindruckt und man hat das Engagement gespürt. Die Rednerin wird deshalb ihr Postulat zurückziehen. Sie hat volles Vertrauen in Monica Gschwind und ihre Art, wie sie das Thema angeht. Für ihren Einsatz sei ihr gedankt.

://: Das Postulat ist zurückgezogen.
